
MERKUR

Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken

Heft 11 68. Jahrgang November 2014
Klett-Cotta Stuttgart

MARTIN SABROW **Der vergessene kommunistische Widerstand**

INGO MEYER **Niedergang des Romans?**

PATRICK EIDEN-OFFE **Hipster und Eckensteher**

KAI ALTHOETMAR **Moldau. Das Land der Verbannten**

FRIEDRICH WILHELM GRAF **Russisch-Orthodoxe »Sozialdoktrin«.**
Religionskolumne

EKKEHARD KNÖRER **Emmanuel Carrères Romane vom Ich.**
Literaturkolumne

HANNA ENGELMEIER **Karl Ove Knausgårds »Mein Kampf« – bis jetzt**

MATTHIAS N. LORENZ **Die Figur »Christian Kracht«**

ULRICH GUTMAIR **Erzähldebüts: Katja Petrowskaja und Per Leo**

HELMUT HEISSENBÜTTEL **Der Zerfall der Fiktion der Realität**

GÜNTER HACK **Natur der Kohlmeisen**

STEPHAN HERCZEG **Journal (XX)**



786

MERKUR Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken

Herausgegeben von Christian Demand

Begründet 1947 von Hans Paeschke und Joachim Moras

Herausgeber 1979–1983 Hans Schwab-Felisch

Herausgeber 1984–2011 Karl Heinz Bohrer

Herausgeber 1991–2011 Kurt Scheel

Redaktion: Ekkehard Knörer

Redaktionelle Mitarbeit/Büroleitung: Ina Andrae

Redaktionsanschrift: Mommsenstr. 27, 10629 Berlin

Telefon: (0 30) 32 70 94 14 Fax: (0 30) 32 70 94 15

www.online-merkur.de E-Mail: merkur.zeitschrift@snaflu.de

Der Merkur wird unterstützt von der Ernst H. Klett Stiftung Merkur

Der Merkur ist Partner von Eurozine. www.eurozine.com

Heft 11, November 2014, 68. Jahrgang

Inhalt

MARTIN SABROW

Die vergessene Erinnerung.

Kommunistischer Widerstand und kulturelles Gedächtnis

INGO MEYER

Niedergang des Romans?

Sondierungen im Bezugsrahmen eines Topos

PATRICK EIDEN-OFFE

Hipster-Biedermeier und Vormärz-Eckensteher

(und immer wieder Berlin)

KAI ALTHOETMAR

Moldau.

Das Land der Verbannten

KRITIK

FRIEDRICH WILHELM GRAF

Religionskolumne.

Die »Sozialdoktrin« der Russisch-Orthodoxen Kirche

EKKEHARD KNÖRER

Literaturkolumne.

Die erste Person. Emmanuel Carrères Romane vom Ich

HANNA ENGELMEIER

Totalismus.

Karl Ove Knausgårds

»Mein Kampf« – bis jetzt

MATTHIAS N. LORENZ

Der freundliche Kannibale.

Über den Provokationsgehalt der Figur »Christian Kracht«

ULRICH GUTMAIR

»Würdigt die Katastrophe in angemessener Weise«.
Die Erzähldebüts von Katja Petrowskaja und Per Leo

MARGINALIEN

HELMUT HEISSENBÜTTEL

Der Zerfall der Fiktion der Realität

GÜNTER HACK

Natur der Kohlmeisen

STEPHAN HERCZEG

Journal (XX)

NOTIZEN

VORSCHAU

MARTIN SABROW

Die vergessene Erinnerung

Kommunistischer Widerstand und kulturelles Gedächtnis

Der kommunistische Widerstand gegen das Naziregime spielt in der Erinnerungskultur der heutigen Bundesrepublik nur eine marginale Rolle. Das gilt in Relation zur Zahl der Opfer, die das Engagement deutscher Kommunisten gegen die Herrschaft Hitlers gefordert hat, und es zeigt sich in der Blässe des Bildes, das unsere Gegenwart von dieser zahlenmäßig breitesten Bewegung des deutschen Antifaschismus bewahrt hat. Wir diskutieren die Einbeziehung der Edelweißpiraten und der Deserteure, wir haben den Widerstandsbegriff über die Resistenz bis zur missmutigen Loyalität und zum Eigensinn zu erweitern erprobt; aber wir kennen nur in sehr viel eingeschränkterem Maße etwa die strategischen Richtungswechsel, mit denen die KPD ihre Transformation in eine illegale Massenpartei zu bewerkstelligen suchte.

Die Geschwister Scholl haben ein Gesicht, die Frauen und Männer des 20. Juli haben es und dank Rolf Hochhuths Initiative für ein Denkmal im früheren Regierungsviertel Berlins mittlerweile auch der einsame Hitler-Attentäter Johann Georg Elser. Die vielen Tausend Kommunisten jedoch, die von den Februartagen 1933 bis in die Apriltage 1945 wegen ihrer Parteiideale zu Tode gebracht wurden, haben keines. Wie verbreitet ist das Wissen, dass die Hälfte der etwa 300 000 KPD-

Mitglieder im »Dritten Reich« im Gefängnis oder im Konzentrationslager landete und allein in den beiden ersten Jahren des Regimes nicht weniger als 2000 Kommunisten ermordet wurden?¹

Welches Schulbuch verzeichnet die Umstände, die am 3. März 1933 in einer kleinen Charlottenburger Geheimwohnung zur Verhaftung Ernst Thälmanns und seiner Entourage führten, während es nur Herbert Wehner, diesem vielleicht gestähltsten und professionellsten Vertreter des kommunistischen Widerstands der ersten Stunde, dank seiner misstrauischen Witterung und seiner konspirativen Fähigkeiten gelang, sich erst vor dem Zugriff der Gestapo zu retten und Jahre später auch aus dem Würgegriff des NKWD zu winden? Wem sagt das unscheinbare Denkmal vor der Glienicker Brücke etwas, das den Ort bezeichnet, an dem John Schehr, Thälmanns Nachfolger als KPD-Chef, im Februar 1934 »auf der Flucht erschossen« wurde? Wie präsent ist das Wissen um den mörderischen Kampf zwischen den beiden illegalen Spitzenfunktionären Karl Mewis und Herbert Wehner, die allen Schlichen ihrer Verfolger entgingen, um sich danach einen mörderischen Kampf zu liefern, dessen Sieger später in das Politbüro der DDR aufstieg, während der andere seine kommunistische Heimat verlor und eine zweite, überaus erfolgreiche Karriere in der einst als sozialfaschistische Todfeindin bekämpften SPD startete? Weiteren Kreisen mag der Name von Anton Saefkow bekannt sein, der 1944 die größte kommunistische Widerstandsorganisation im Berliner Untergrund leitete. Aber nicht einmal die Leserschaft des *Neuen Deutschland* konnte in den Zeiten des ritualisierten Antifaschismus den Namen Wilhelm Knöchel zuordnen, der mitten im Krieg und mit unglaublicher Energie und unerhörtem Mut eine neue Inlandsleitung der KPD

installiert und seine Partei mehr als ein Jahr praktisch im Alleingang geführt hatte.

Mit einem Wort: Der kommunistische Widerstand ist ein eigentümlich blinder Fleck unseres kulturellen Gedächtnisses: wissenschaftlich trotz eines »kleinen Booms« nach 1989 immer noch zurückhaltend beforscht, öffentlich wenig erinnert und im staatlichen Gedenken marginalisiert.²

Die Entkonkretisierung des KPD-Widerstands im Kalten Krieg

Die Gründe scheinen auf der Hand zu liegen, und sie ergeben sich aus der wechselseitigen ideologischen Verzeichnung während des Kalten Kriegs. Der kommunistische Beitrag zum »Aufstand des Gewissens« war im Osten Deutschlands in dogmatisierter Form als »antifaschistisches Erbe« mit der DDR verbunden und ist mit ihr untergegangen. Wie in der Bundesrepublik vor allem Hermann Weber immer wieder darlegte, fälschte die DDR-Geschichtsschreibung die katastrophale Niederlage der auf die Verfolgungshärte nicht vorbereiteten Partei in eine heroische Erfolgsgeschichte um.³ Sie übergang die furchtbaren Verluste der selbstmörderischen »KPD-lebt«-Strategie, die bis Ende 1935 darauf setzte, »mit möglichst wirksamer Massenarbeit« sich und dem Terrorapparat des Nationalsozialismus vor allem »zu beweisen, daß wir nicht unterzukriegen waren. ›Wir sind da, und wir bleiben da!«⁴

Der historische Herrschaftsdiskurs der DDR unterschlug die verhängnisvolle Fehldiagnose der nationalsozialistischen Machtergreifung als Auftakt zur proletarischen Revolution, die in

erster Linie die Sozialdemokratie als sozialfaschistische Hauptstütze der »Kapitalsdiktatur« zu bekämpfen habe, um dann die vermeintlich kurzlebige Hitler-Diktatur zu beerben. Daraus erwuchs die Wirklichkeitsferne der von der Komintern festgelegten »Generallinie« einer in die Illegalität gedrängten Partei, die sich für unbesiegt ausgab und fortwährend Erfolge in der illegalen Arbeit für die Einheitsfront von unten behauptete. Im noch freien Saargebiet kämpfte sie erst für dessen Anschluss an ein revolutionäres Sowjet-Deutschland, schwenkte dann auf die Status-quo-Haltung der SPD ein und wurde schließlich 1935 ebenso wie diese selbst von deren vernichtender Abstimmungsniederlage überrascht.

Die geschichtspolitische Kanonisierung als »klandestiner Siegeszug«⁵ erzwang eine über die DDR-Zeit hinauswirkende Entkonkretisierung des kommunistischen Widerstands, die etwa die Stellungnahme eines DDR-Verlags über eine 1981 vorgelegte Darstellung zum deutschen Widerstand von 1933 bis 1939 so veranschaulicht: »Das Buch können wir in der vorliegenden Form nicht veröffentlichen. Die gravierendsten Einwände sind: Von bürgerlichen Historikern wird immer wieder behauptet, der kommunistische Widerstand sei zwar heroisch, aber politisch sinnlos gewesen, weil die auf Außenaktivität und ansatzweise auf Massenarbeit gerichtete KPD-Strategie unrealistisch war und unnütze Opfer verursachte ... Der hiesige Leser kann den Eindruck gewinnen, daß die Darstellung dies unfreiwillig bestätigt.«⁶

Im Westen wiederum wurde der kommunistische Widerstand unter dem Vorzeichen des Antitotalitarismus über Jahrzehnte institutionell bekämpft und personell ausgegrenzt: Die als verfassungsfeindlich angesehene Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) – die in der DDR selbst 1953 aufgelöst und durch ein willfährigeres »Komitee Antifaschistischer

Widerstandskämpfer« ersetzt worden war – hatte in der Bundesrepublik lange Zeit mit Verbotsanträgen zu kämpfen, die in einzelnen Bundesländern zeitweise auch Erfolg hatten, und erfuhr infolge ihrer kommunistischen Unterwanderung weitere Ausgrenzung, die sich in parteipolitischen Unvereinbarkeitsbeschlüssen und Beitrittsverboten für öffentliche Bedienstete niederschlug. Angehörige des kommunistischen Widerstands wurden von Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz ausgeschlossen, weil sie die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekämpft hätten.

Doch so einleuchtend dieser Verweis auf die westliche *damnatio memoriae* auch scheint, greift er doch zu kurz, um die auffällige Nachrangigkeit des kommunistischen Widerstands im Gedächtnis der Gegenwart zu erklären. Denn die gedenkpolitische Verdrängung traf nach 1945 nicht nur ihn. Auch die Erinnerung an den nichtkommunistischen Widerstand setzte sich erst seit Mitte der fünfziger Jahre durch; wie der kommunistische blieben auch der christliche und der militärische Widerstand in der jungen Bundesrepublik über Jahrzehnte ein mit dem Odium des Landesverrats behaftetes Tabuthema. Im Fall des Deserteurswiderstands reichte diese Ausgrenzung noch bis zur Jahrhundertwende: Erst 1998 und 2005 beschlossen der Deutsche Bundestag und der Österreichische Nationalrat jeweils Gesetze zur Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure im Zweiten Weltkrieg. Doch die 33 000 Todesurteile der Wehrmachtsjustiz, von denen 23 000 vollstreckt wurden, sind heute im kulturellen Gedächtnis so verankert wie die Stigmatisierung des einstigen Marinerichters und späteren Ministerpräsidenten Filbinger, der 1978 zurücktreten musste, weil er nicht einsah, dass seine Urteilspraxis gegen Deserteure heute Unrecht sein kann, auch wenn sie damals Recht war. Umgekehrt müsste das gegen

Kommunisten gebrauchte Ausschließungskriterium auch auf große Teile des bürgerlichen Widerstands Anwendung finden; Gesellschaftsbild und Verfassungsvorstellungen im Umfeld des 20. Juli hatten mit dem Grundgesetz oft wenig gemein, und gerade die Ikonen des bundesdeutschen Widerstands vertraten ein Weltbild, das in seiner nationalistischen und antidemokratischen Färbung kaum weniger von unserer freiheitlichen Grundordnung abwich als das der Kommunisten.⁷

Die parteiliche Überformung der Zeitzeugenüberlieferung

Die zeithistorische Forschung setzte darauf, dass diese wechselseitige Verzeichnung und Entkonkretisierung mit dem Ende des Kalten Krieges und der deutsch-deutschen Legitimationskonkurrenz ihr Ende finden würde. Besondere Hoffnung verband sich mit den im Zentralen Parteiarchiv der SED »gesammelten Erinnerungen und Nachlässen kommunistischer Widerstandskämpfer, die ... vor der Wende nur in Ausnahmefällen von westlichen Historikern benutzt werden durften« (Mallmann). Doch wie sich rasch zeigte, hatte in diesen Papieren lediglich die Kanonisierung der kommunistischen Widerstandserinnerung ihren institutionellen Ausdruck gefunden. Der mit dem gesamten Parteiarchiv dem Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (IML) zugeordnete Sektor »Erinnerungen« stellte in der DDR die zentrale Formungsinstanz eines Parteigedächtnisses dar, das den authentischen Erlebnisgehalt der biografischen Überlieferung zu wahren suchte und zugleich die Erinnerungen der befragten Autoren von allen »subjektivistischen Entstellungen« reinigte.⁸

Was das bedeutete, lehrt etwa das langjährige Tauziehen um die Memoiren des kommunistischen Spitzenfunktionärs und Thälmann-Anhängers Franz Dahlem, der nach 1933 gegen Piecks und Ulbrichts Volksfrontkurs gearbeitet hatte und eine Publikation seiner Erinnerungen erst nach Ulbrichts Ablösung 1971 in Angriff nehmen konnte. Der Parteiapparat blieb aber auch unter seinem neuen Ersten Sekretär Erich Honecker reserviert: »Der vom Autor behandelte Gegenstand und sein tiefer Einblick in zahlreiche parteiinterne Probleme und Vorgänge machen ... bestimmte Teile und Aussagen des Manuskriptes für eine Veröffentlichung ungeeignet«, befand das IML und verlangte: »Die Erinnerungen enthalten eine Reihe von Interna über Personen und Ereignisse aus der Geschichte der Partei, die bisher in der DDR weder in Erinnerungen noch in Darstellungen publiziert wurden ... Die Erschießung des Verräters Kattner durch die KPD sollte gestrichen werden. Diese Tatsache ist bisher von unserer Seite auch nicht erwähnt worden ... Jedoch bleibt die Publizierung von Fehlern Walter Ulbrichts in relativ ausführlicher Weise problematisch ... Über Verhaftungen von Genossen in Moskau: Die Angaben darüber sollten gestrichen werden. In sowjetischen Darstellungen neueren Datums wird auf diese Problematik sehr zurückhaltend eingegangen, und es sollte nichts getan werden, um Diskussionen darüber zu beleben.«⁹

Trotz seines guten Drahts zu Honecker vermochte Dahlem nicht einmal der kanonisierten und vom Parteihistoriker Klaus Mammach immer wieder bekräftigten Legende beizukommen, dass die illegale KPD niemals die Verbindung mit der Moskauer Parteiführung verloren hätte. Wie wenig in solch heiklem Fall die Empirie gegenüber dem Dogma galt, illustrierte der Direktor des IML in einem Schreiben an Kurt Hager: »Es ist deutlich geworden, daß Genosse Mammach in seinem Buch Einschätzungen gegeben

hat, die nicht in jeder Hinsicht den objektiven Tatsachen entsprechen ... Das aber berechtigt meiner Meinung nach nicht dazu, Genossen Mammach als Geschichtsfälscher zu charakterisieren. Seine Motive sind parteilich und sein Bemühen, die Kontinuität der Führung der KPD beweiskräftig zu begründen, muß unsere Unterstützung finden.« Am Ende stand ein Kompromiss, den der zuständige ZK-Sekretär Kurt Hager auf einem Gesprächszettel so notierte: »EH [Erich Honecker] mit Dahlem, a) Band kommt heraus, unter Weglassung der Interna«.

Ersichtlich suchte Honecker sich mit dieser Entscheidung zumindest graduell von der historiografischen Willkürpraxis seines Vorgängers abzusetzen und betonte dies Dahlem gegenüber auch ausdrücklich.¹⁰ Doch auch die eigene Widerstandsbiografie des fast drei Jahre lang erst von der Saar aus, dann illegal im Ruhrgebiet und schließlich in Berlin tätigen und anschließend neun Jahre lang inhaftierten Jugendfunktionärs Erich Honecker trägt die Spuren einer geschichtspolitischen Überformung, die bis heute fortwirkt. Um das Dogma einer von keiner Anfechtung erschütterbaren antifaschistischen Musterbiografie seines obersten Repräsentanten zu schützen, war der Parteiapparat emsig bemüht, die Deutungshoheit über die verfügbaren Quellen ganz an sich zu ziehen. Zu diesem Zweck legte das Ministerium für Staatssicherheit im Januar 1978 einen »Maßnahmeplan« vor, der nicht weniger als die »Erfassung und Aufbereitung sämtlicher verfügbarer Materialien« und »vorhandene[r] Erkenntnisse, auch aus anderen Dienstseinheiten des MfS ... und Forschungseinrichtungen des Partei- und Staatsapparates der DDR« zur Lebensgeschichte Honeckers anstrebte. Damit blieben der Forschung auch in der DDR die konkreten Umstände von Honeckers illegaler Tätigkeit ebenso verborgen wie die Umstände seiner Verhaftung und seiner anschließenden Aussagestrategie;

gleiches gilt für die in devoter Sklavensprache verfassten Gnadengesuche des Häftlings Honecker und schließlich die Hintergründe seiner Befreiung aus dem Zuchthaus Brandenburg-Görden.

Die wichtigsten Dokumente zu den Problemzonen von Honeckers Widerstandsbiografie hielt Erich Mielke an seinem Dienstsitz unter Verschluss. Der geheimnisvolle »rote Koffer«, den er über Jahre hinweg sorgfältig und aufwändig gegen jede Einsichtnahme Dritter gesichert hatte,¹¹ enthielt unter anderem die Akten des gegen Honecker vor dem Volksgerichtshof geführten Hochverratsprozesses. Die Unterlagen waren 1945 von der Roten Armee beschlagnahmt und Ost-Berlin zehn Jahre später von Moskau zurückgegeben worden. Zunächst in das Zentrale Staatsarchiv der DDR überführt, blieben sie von vornherein für jede nichtstaatliche beziehungsweise nichtparteiliche Benutzung gesperrt, schon bevor sie von der Hauptabteilung IX/11 intern ausgewertet und schließlich vom Minister für Staatssicherheit höchstpersönlich in Verwahrung genommen worden waren.¹² Die sonderbare Ablage des »roten Koffers« in Mielkes unmittelbarem Zugriffsbereich bedeutete keine erpresserische Waffe in der Hand des »skrupellosen Greises Mielke«, wie mancher Geschichtsjournalist später zu wissen meinte.¹³ Sie stand vielmehr ganz im Einklang mit dem 1978 verfüigten Maßnahmeplan der Staatssicherheit zur Rückeroberung der Deutungshoheit über die Widerstandsbiografien der führenden Genossen.¹⁴

Die kommunistische Spurenverwischung

Solche Beschränkungen fielen nach 1989 weg, und mit der Öffnung der DDR-Archive schien das entscheidende und immer

wieder beklagte Hemmnis überwunden, dass die Widerstandsforschung bis dato über punktuelle sozialgeschichtliche Sonden wie etwa in Detlev Peukerts wegweisender Studie zur KPD im Ruhrgebiet nicht hatte hinauskommen können.¹⁵ Und doch hat die Freigabe der in der DDR sekretierten Akten offenbar die Forschung nicht nachhaltig stimulieren können und die Überlieferungslage nur bedingt erneuert. Als ein entscheidender und von der Zäsur 1989 ganz unabhängiger Grund sticht die weitgehende Ungreifbarkeit der in der Regel nicht schriftlich dokumentierten Arbeit innerhalb der KPD und ihrer Vorfeldorganisationen hervor. Angesichts der Aufgabe, eine nach dem Reichstagsbrand vom 27./28. Februar 1933 schlagartig härtester Unterdrückung ausgesetzte Massenpartei in die Illegalität zu überführen, bedeutete jede Schriftlichkeit notwendig erhöhte Gefährdung, wie gerade in den ersten Monaten der staatlichen Verfolgung die unzähligen Parteizellen erfuhren, die von der Politischen Polizei schon deswegen so einfach aufgerollt werden konnten, weil sie ihr gewohntes System der Beitragskassierung beibehalten hatten.

Dasselbe galt auch in der öffentlichen Agitation: Nachdem der allgemein als Erbe Thälmanns angesehene Parteiführer John Schehr am 2. Februar 1934 von der Gestapo hinterrücks erschossen worden war, nutzte die im Saarland noch freie kommunistische Presse dieses Verbrechen zwar für einen leidenschaftlichen Aufruf («Volkssturm. John Schehr und drei Spitzenfunktionäre der KPD bestialisch gemeuchelt!«),¹⁶ in ihrem Mobilisierungsappell aber reduzierte sie Schehr zu einem einfachen ZK-Mitglied und verschwieg seine Rolle als Nachfolger Thälmanns, um den eigenen Verlust kleiner zu halten und ihre Anhängerschaft nicht zusätzlich zu demoralisieren.

Der eingeschränkte Blickwinkel der Verfolgerakten

Daher stützt sich das historische Wissen um den kommunistischen Widerstand nach wie vor maßgeblich auf die Akten der Gestapo und fußt vor allem auf dem, was behördlich aufgedeckt wurde. Den kommunistischen Widerstand aus den Justizakten des Naziregimes zu lesen, heißt aber nicht nur, die unbekanntes Dunkelziffer zu ignorieren, sondern vor allem in der historischen Einordnung die Maßstäbe der justiziellen Ahndung zu übernehmen. Diese Blickverzerrung betraf zunächst die empirische Basis der Widerstandsgeschichtsschreibung. So ging die Forschung jahrzehntelang davon aus, dass die im Saargebiet um 1929 auf knapp 2000 Mitglieder geschrumpfte KPD ab 1933 wieder einen steilen Aufschwung nahm und trotz des Naziterrors im Reich bis nahe an 8000 Parteimitglieder answoll – ein starkes Argument für die These einer heranreifenden revolutionären Krise in Deutschland, das für den Realismus der kommunistischen Widerstandstaktik sprechen könnte.

Tatsächlich verhielt es sich ganz anders: Seit Mai 1934 wurden der Stapoleitstelle Trier kontinuierlich gefälschte Statistiken vorgespielt, die angeblich auf Originalabrechnungsformularen über verkaufte Beitragsmarken stammten und so eine fiktive Stärke der KPD / Saar vorgaukeln sollten, um ihren politischen Einfluss zu erhöhen. Sie wiesen für April eine Mitgliederzahl von 7090 aus und ließen diese Zahl bis Ende September 1934 auf über 10 000 klettern. Um ihren grandiosen Bluff abzusichern, spiegelte die saarländische Parteiführung unter Philipp Daub anschließend sogar noch eine angebliche Parteirevision vor, die ergeben hätte, dass die bisherigen Zahlen frisiert gewesen seien, um höhere ZK-Zuschüsse zu erlangen; die tatsächliche Mitgliederzahl habe im November 1934 bei 7000 Mitgliedern gelegen. Was die Gestapo